Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 49 — Jahrgang 213

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Freitag, 30. Januar

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,50 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6296 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Wie der „Globe" meldet, ist Admiral von Reuter freigelassen worden und befindet sich bereits auf dem Wege nach Deutschland.

* Zum bayerischen Staatsminister der Finanzen wurde der Ministerialrat im Staatsministerium der Finanzen, Karl Gustav Kofler, ernannt.

* Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Mexiko, Fletcher, ist zurückgetreten.

* Eine Abordnung der New-Yorker Geschäftswelt erschien im amerikanischen Senat und verlangte die sofortige Ratifikation des Friedensvertrages.

* Die katholischen Bischöfe Irlands veröffentlichen eine Erklärung, in der sie fordern, daß ein „ungeteiltes Irland" seine Regierung selbst bestimmt.

* Der Straßburger Präfekt Juillard wird zum Oberkommissar für Elsaß-Lothringen ernannt werden.

Die Not des Deutschtums in Polen

Die erste fühlbare Wirkung des Friedensvertrages ist eingetreten. Alt deutsches Land mit alt eingesessener deutscher Bevölkerung kommt unter die Herrschaft der Polen. Während in den Abstimmungsgebieten Ostpreußens, Westpreußens und Oberschlesiens sichere Hoffnung besteht, daß zielbewußtes Bekennen zum Deutschtum diese Gebiete dem Deutschen Reich erhält, gelangt fast die ganze Provinz Posen und der größte Teil der Provinz Westpreußen ohne weiteres unter die Fremdherrschaft. Man muß es verstehen, daß unter den Deutschen in Polen vielfach ein Gefühl der Verbitterung gegen das deutsche Mutterland besteht, daß die Meinung umläuft, eine zielbewußtere deutsche Politik hätte das Unheil abwenden können. Die falsche Vorstellung, die im übrigen Deutschland, auch schon vor dem Kriege, über die Ostmarken bestand, nährt diese Gedanken. Viel zu wenig weiß man, daß das Deutschtum in den jetzt verlorengehenden Gebieten aus der deutschen Siedlungstätigkeit des 12. Jahrhunderts stammt, daß nur im Netzegau, der, als Friedrich der Große das Land übernahm, eine arme, im Elend verkommene, ganz öde Gegend war, erst damals durch die planmäßige Kulturarbeit des großen Königs in größerem Umfange mit der Hebung des Landes auch eine Eindeutschung des Landes stattfand. Also nicht, wie die Polen es der Entente glaubhaft zu machen verstanden haben, alt polnisches, gewaltsam germanisiertes Land geht verloren, sondern ein Land, in dem seit Jahrhunderten deutsche Art und Arbeit neben den Polen bodenständig gewesen ist.

Das politische Schicksal der Deutschen in Polen können wir heute nicht ändern, aber wir müssen die 2 Millionen Deutsche in ihrem Kampf um die Erhaltung ihres Volkstums stützen, müssen ihnen das Gefühl verschaffen, daß auch jenseits der Grenze ihre Not mit den Herzen empfunden wird.

Die „Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen" hat die Notwendigkeit erkannt, ein einheitlich gesammeltes Deutschtum im Polenstaat zu bilden, das unter Fortlassung aller der alten, unter den neuen Verhältnissen Bedeutung nicht mehr habenden Parteigegensätze, die vielfachen Aufgaben auf dem Gebiet der Kultur und Wirtschaft zu erfüllen imstande ist. Viel ist schon erreicht. Die im November 1918 einsetzende Volksratsbewegung rüttelte die Gemüter auf und brachte es in überraschend kurzer Zeit zustande, daß sich die Deutschen aller Parteien und Berufe zu selbsttätiger Gemeinschaftsarbeit zusammenschlossen. Der Boden ist bereitet und die Organisation ist geschaffen, die die zielbewußte Arbeit für das Deutschtum weiterführen und aufnehmen kann. Auch die finanziellen Opfer, die die Deutschen in Polen bringen, sind groß und anerkennenswert, aber die Aufgaben, man denke nur an die Erhaltung deutscher Schulen, sind so riesengroß, daß eine großzügige Unterstützung durch die Deutschen im Mutterlande nötig ist. Wer will, daß über alle politischen Grenzen hinweg deutsche Art und deutsches Leben und deutsche kulturelle Zusammengehörigkeit erhalten bleibt, der

häre auf die Bitte der „Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen", die in unserer heutigen Zeitung abgedruckt ist.

Gegen das Auslieferungsverlangen

Schweizer Grenze, 29. Januar.

Wie die Baseler Preß-Information erfährt, haben die im Kriege neutral gebliebenen Staaten beschlossen, dem alliierten Auslieferungsbegehren für Deutsche, die auf das Hoheitsgebiet der neutralen Staaten flüchteten, auf Grund des internationalen Asylrechts nicht stattzugeben.

Bern, 29. Januar.

Die „Thurgauer Zeitung" schreibt: **Durch die Auswesung Wilhelms II. aus Holland würde das holländische Asylrecht, das Holland durch Verweigerung der Auslieferung hochhalte, verletzt. Holland werde ihn daher nicht ausweisen, ihn auch nicht in einer Festung internieren, da Wilhelm II. sich keinen politischen Umtrieben hingebe. Holland könne Wilhelm II. auch nicht Deutschland übergeben, da dies nichts anderes als eine Auslieferung an die Alliierten via Deutschland wäre. Die „Thurgauer Zeitung" betont: Im Interesse ihres eigenen Ansehens bei der neutralen Mitwelt und bei der Nachwelt und im Interesse der Völkerbundsidee könne die Entente nichts Klügeres tun, als auf die Auslieferung Wilhelms II. verzichten; aber nicht nur das, dieselben Gründe sprechen dafür, auch von den übrigen Auslieferungen deutscher Militär- und Zivilpersonen abzusehen.**

Keine Einigung in Amerika

Amsterdam, 29. Januar.

Dem „Telegraaf" wird aus Washington gemeldet: **In einer stürmischen Sitzung der Senatoren beider Richtungen wurde erklärt, daß noch kein Weg gefunden sei, der zur Ratifizierung des Friedensvertrages führe. Senator Hitchcock erklärte, daß, falls kein Ausgleich geschaffen werde, er den Kampf in den Senat tragen werde.**

*

Laibach, 29. Januar.

Das Blatt „Slowenec" meldet aus Belgrad, daß der **serbische Ministerrat das Ultimatum in der Adriafrage abgelehnt hat.** Dasselbe Blatt meldet aus Prag, die Friedensdelegation der **Vereinigten Staaten habe bei der Entente gegen die Lösung der Fiumefrage ohne Teilnahme der Vereinigten Staaten protestiert.**

Verhandlung mit Belgien

Ypern, 29. Januar.

Die Konferenz, die zwischen Poincaré und dem König der Belgier stattfand, scheint von großer Wichtigkeit gewesen zu sein, da die Regierungsleiter beider Länder und Marschall Foch zugegen waren. Gegen abend reisten die Staatsoberhäupter wieder in ihre Hauptstädte zurück. Am Schluß der Sitzung wurde eine Note bekanntgegeben, in der es heißt, daß die Zusammenkunft des Präsidenten mit dem König dazu benutzt wurde, um sich in Gegenwart der Regierungsmitglieder über **wirtschaftliche, finanzielle und militärische Fragen,** die beide Länder angehen, auszusprechen. Das Ergebnis der Konferenz sei für beide Länder äußerst günstig.

Die Eisenbahnarbeiter

Berlin, 29. Januar.

Bei der Eisenbahnwerkstätte in Königsberg haben sich bis heute von 3600 Arbeitern 500, in Seebaldsbrück von 2300 Arbeitern 350, in Stargard von 2300 Arbeitern 400, in Darmstadt von 1800 Arbeitern 128, in Gotha von 1270 Arbeitern 161, in Salbke bei Magdeburg bisher 450 Arbeiter zu den neuen Bedingungen der Eisenbahnverwaltung zur Wiederaufnahme gemeldet. In allen diesen Werkstätten wird erwartet, daß sich die überwiegende Mehrzahl der gesamten Arbeiterschaft zur Wiedereinstellung bereiterklärt. Die Meldungen sind dauernd im Zunehmen begriffen. Zu irgendwelchen Unruhen ist es an keinem der genannten Plätze gekommen.

Bayerns Sonderwünsche

München, 29. Januar.

Der bayerische Landtag hat in der heutigen Plenarsitzung einstimmig eine Erklärung Rothmeier (Bayerische Volkswartei) angenommen, die unter anderm besagt: „Der Landtag fordert, daß die bevorstehende Verreichlichung des Verkehrswesens auf der Grundlage einer weitgehenden Dezentralisation geschieht. Er verlangt, daß Bayern als dem größten süddeutschen Verkehrsgebiet die größte Selbständigkeit erhalten bleibt, und erhebt Anspruch darauf, daß am Sitze der bayerischen Landesregierung für das bayerische Eisenbahn- und Postwesen je ein Landesamt als Vertretung des Reichspost- und Reichsverkehrsministeriums mit bayerischen Beamten ausgestattet wird. Der Landtag richtet an die bayerische Staatsregierung die Aufforderung, allen Versuchen, die für Bayern so wichtige Dezentralisation des Verkehrswesens zu verhindern oder einzuschränken, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten."

Preußenparlament

Die Unabhängigen fordern Aufhebung des Belagerungszustandes. — Noch einmal der 13. Januar. — Die Stillegung der Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, 29. Januar, 12 Uhr mittags.

Der angekündigte große Tag der Landesversammlung, für den eine Reihe von Anfragen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und ganz besonders auch der mehrfach verschobene Antrag der Unabhängigen über die Aufhebung des Belagerungszustandes auf der Tagesordnung stehen, macht sich schon in weitem Umkreis des Abgeordnetenhauses bemerkbar. An der Wilhelmstraße und an der Königgrätzer Straße sind Drahtverhaue aufgeführt worden, und ein ziemlich starkes Aufgebot von Sicherheitswehr fort für eine gründliche Sperre. Im Sitzungssaal selbst sind schon lange vor Beginn die Tribünen dicht gefüllt. Das Haus selbst weist mehr als eine durchschnittliche Besetzung auf und an der Ministerbank sieht man den Ministerpräsidenten Hirsch, die Minister Heine, Dr. Südekum, Oeser, Am Zehnthoff und Stegerwald mit einer stattlichen Schar von Räten.

Zur Verhandlung steht die förmliche Anfrage der Mehrheitsparteien über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der lebenswichtigen Betriebe. Verbunden damit werden förmliche Anfragen der Sozialdemokraten über die Schließung der Eisenbahnwerkstätten und der unabhängigen Sozialdemokraten über die Wiedereröffnung geschlossener Eisenbahnwerkstätten, sowie über die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Abg. Gräf-Frankfurt begründet die Anfrage der Mehrheitsparteien: „Welche Maßnahmen sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen?" Wenn wir uns wieder erholen wollen, dann muß auf allen Gebieten weit mehr gearbeitet werden. (Sehr richtig!) Statt dessen sehen wir Streiks und Störungen der Ordnung. Vor allem muß für genügenden Schutz der Arbeit im Bergbau und im Eisenbahnbetrieb gesorgt werden. Wenn der Sechsstundentag durchgeführt werden kann, dann muß es geschehen. Aber die Zeit ist jetzt dafür am allerwenigsten geeignet. (Sehr richtig!)

Minister Heine: Die öffentliche Meinung wird leicht nervös, wenn sie immer von Anwendung von Zwangsmaßnahmen hört, und die öffentliche Meinung vergißt sehr leicht die Veranlassung der Zwangsmaßnahmen. Wir haben dann auch die Belagerungszustände meist bald aufgehoben. Leider hat sich die äußerste Linke dieses Entgegenkommens nicht würdig und nicht reif erwiesen. (Lachen der U. S.) Die Führer sind natürlich immer am weitesten weg, wenn es zum Schießen kommt. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Handhabung des Belagerungszustandes ist der Militärbefehlshaber in gewissem Maße an die Zustimmung der preußischen Regierungskommissare gebunden, die ihre Spitze in mir haben. Die Unabhängigen wollten diesmal durch einen plötzlichen Schlag überrumpeln. Der Zusammenstoß am Reichstag am 13. Januar war nicht etwa aus plötzlicher Aufwallung entstanden. Es handelte sich um ein ganz planmäßiges Vorgehen. In den Werkstätten ist mit gefälschten Unterschriften operiert worden, um den Anschein zu erwecken, als kommandiere die Gewerkschaftskommission die Demonstrationen. Da augenblicklich kein Belagerungszustand bestand, mußte sich der Schutz auf die Zugänge des Hauses beschränken. Wollte man eine friedliche Demonstration, dann mußte man die Massen, die man hierher geführt hatte, auch wieder hinwegführen. (Sehr richtig!) Das geschah nicht. Es ist klar, daß es auf eine Ueberwältigung des Parlaments abgesehen war. Aus Ansichtskarten sieht man, wie auf die Sicherheitsleute eingeschlagen wurde. Eine Reihe von Abgeordneten wurde auf dem Wege zum Hause beschimpft und bespuckt. Eine Angahl von Polizeioffizieren wurde aus dem Wagen gerissen und mißhandelt. Das sind friedliche Demonstrationen? Ein Fuhrwerk, aus dem man die Insassen herausgezerrt hatte, wurde samt den Pferden geplündert. Eine große Angahl der Demonstranten war bewaffnet. In der Oldenber Straße ist ein ganzes Waffenlager gefunden worden. Wir müssen die Mittel anwenden, mit denen man bewaffneter Verbrecher Herr wird. (Lebhafte Zustimmung.) Es war auch auffällig, wie viele Unabhängige, die gar nicht Mitglieder des Reichstags sind, sich an jenem Tage auf Grund von Visitenkarten Einlaß verschafft hatten. Ein jetzt in Untersuchungshaft befindlicher Mann hat gestanden, daß die Sicherheitsposten von ihm und anderen zurückgedrängt und verprügelt und ihr Maschinengewehr verrichtet wurde. (Zuruf links: Ist das dieselbe Quelle, die Sie gegen Ledebour brauchten?) Ledebour rühmt sich jetzt dessen, was er in der Untersuchung bestritten hat. Er ist nicht mit Unrecht angeklagt, sondern mit Unrecht freigesprochen worden. Die Sicherheitspolizei hat die Maschinengewehre nur für einen Augenblick benützt. Außerdem sind Schreckschüsse abgegeben worden, durch die leider zwei Damen im Tiergarten getroffen wurden. Die Schuld kommt auf Sie. (Sehr richtig!) Am 13. Januar sollte die „unmittelbare Aktion" einsetzen. Es hat an Sekunden gehangen, daß die Masse nicht ins Parlament dringen konnte. Es wäre dann zu einer grausamen Schlacht in den Korridoren gekommen. Wenn im Hause lagen der Sicherheit wegen 200 Soldaten. Das Blut der Opfer schreit gegen Sie zum Himmel. Das macht den Belagerungszustand nötig. Aber auch der Terror in Westfalen erfordert ihn. Dort wurde in einer Reihe von Flugblättern zur Anwendung unmittelbarer Gewalt aufgefordert. Unabhängige Agitatoren reizten zum Generalstreik. (Zuruf der Unabh. Soz.: Nennen Sie doch einen!) Das ist doch dieselbe Parole, die Sie aufstellen. (Sehr richtig!) Die verhängten Zeitungsverbote für die „Freiheit" und die „Rote Fahne" müssen bestehen bleiben. Es ist Schwindel und Betrug, daß die Maschinengewehre zehn Minuten lang in die Menge geschossen hätten. Es sind Sekunden gewesen. Sonst wären Tausende von Opfern zu beklagen. Dieses Blut ist eine Warnung für die friedliebende Berliner Arbeiterschaft. Die Arbeiter besinnen sich auf ihre Pflicht gegenüber dem Volke und dem Vaterlande! Zwangsmaßnahmen sind ein Schutz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001301-19/fragment/page=0001

für die Arbeitswilligen. Unser Freund Severin in Westfalen ist entschlossen, wenn Stillegungen vorkommen sollten, rücksichtslos vom Standrecht Gebrauch zu machen. (Lärm bei den U. S.) Eine Instanz zur Nachprüfung von Zeitungsverboten wird geschaffen werden. Die Hetze, die in einem Teil der rechtsstehenden Blätter gegen den Minister inszeniert wurde, geht auch weit über das Maß der erlaubten Agitation hinaus. (Zuruf der U. S.: Aber keines ist verboten worden!) Kommen solche Verherrlichungen des Mordversuchs, wie wir sie jüngst gelesen haben, weiter vor, so wird nicht bloß mit vorübergehenden Verboten vorgegangen werden. Politisch Klüger als die Unabhängigen ist die Rechte trotz alledem. (Sehr richtig!) Nur auf dem Felsen der Arbeit kann man den Turm eines neuen Staates errichten. (Großer Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Paul Hoffmann (U. S.) begründet die Anfrage betreffend die Schließung der Lokomotivwerkstätten in Köln-Nippes und anderen Orten. Die Schließung der Werkstätten ist eine brutale Maßnahme. Arbeiter, die 30 Jahre lang tätig waren, sind auf das Pflaster geworfen worden. Wir fordern dringend, daß die Regierung sofort mit den Arbeitern der geschlossenen Werkstätten in Verhandlungen tritt. Warum hat der Minister die Arbeiterdeputation aus Frankfurt nicht empfangen?

Eisenbahnminister Oeser: Die Lokomotiven sind das Ach und Weh meiner Verwaltung. Wir haben im letzten Jahre 1161 neue Lokomotiven in Betrieb gestellt. Die Arbeiter in den Werkstätten haben mir von 70 000 auf 100 000 erhöht. Trotzdem ist die Zahl der fertiggestellten Lokomotiven ständig gesunken. (Hört, hört!) Es ist ausgeschlossen, daß der Eisenbahnbetrieb erhalten werden kann, wenn es so weiter geht, erleben wir noch ein Jahr, wie das letzte war, so können wir uns nicht mehr aufraffen. Die Schließung der Eisenbahnwerkstätten ist kein Akt der Brutalität, sondern eine pflichtmäßige Maßnahme gegen diejenigen, die uns an den Abgrund bringen wollen. Die Deputation aus Frankfurt habe ich mit Absicht nicht empfangen. Um einen Tarifvertrag zustande zu bringen, ist von meiner Verwaltung aus alles geschehen, was möglich war. Durch eine ganz unmotivierte wilde Streikbewegung wurde der Abschluß der Verhandlungen unmöglich gemacht. Wenn mich jemand an die Gurgel faßt, und die Eisenbahner haben ja die Hand an der Gurgel des Staates, so kann man sich nicht wundern, wenn ich die Hand energisch zurückstoße. Manche Werkstätten haben nur ein Achtel dessen geleistet, was andere, in denen noch einigermaßen gearbeitet wurde, bei gleicher Kopfzahl leisteten. (Hört, hört!) Meine ernste Mahnung, nicht zu streiken, um die Gefangenen zurückbefördern zu können, die durch Maueranschlag verbreitet war, wurde heruntergerissen. (Lebh. Pfui!) Eine Arbeiterschaft, die so auf passive Resistenz eingestellt ist, kann man nicht länger entlohnen. Deshalb erfolgte die Schließung der Werkstätten. Reichs- und Staatsregierung waren sich einig, daß in diesen Werkstätten nur noch auf Akkord gearbeitet werden kann. Die Gewerkschaften haben erklärt, es sei für sie unmöglich, sich für ein Akkordsystem einzusetzen. Deshalb hatten weitere Verhandlungen keinen Zweck, und ich mußte selbständig vorgehen. Ein erheblicher Teil der Arbeiter hat sich auch schon bereit erklärt, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten. (Beifall.) Es ist Torheit und Verbrechen, jemandem einzureden, daß wir nach einem verlorenen Kriege mit weniger Arbeit auskommen könnten, als vor dem Kriege. (Sehr richtig!) Hoffe niemand auf das Ausland. Wir werden auf uns selbst gestellt bleiben. Ihr handelt es sich um keine Parteifrage. Wir müssen alle gemeinsam arbeiten, um unser Volk vor dem Untergang zu bewahren. (Lebh. Beifall.)

Abg. Weber (Soz.): Die Schließung der Werkstätten muß im Wege der Verhandlungen so bald wie möglich wieder aufgehoben werden. Natürlich erkennen wir auch die Notwendigkeit der gesteigerten Leistung an.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr.

Schluß um ¾6 Uhr.

*

In der heutigen Sitzung des Aeltestenrates der preußischen Landesversammlung ergab sich, daß an eine Unterbrechung der Beratungen vorläufig gar nicht zu denken ist. Zunächst wird bis Ende nächster Woche bestimmt weiter getagt werden.

Im Steuerausschuß der Nationalversammlung wurde bei der Fortsetzung der Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes der § 26, der den Steuertarif enthält, in der vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Ein Haar in der Polenliebe Frankreichs

Genf, 29. Januar.

General Sarrail, der in Polen eine Division der Haller-Truppen kommandierte, ist heute in Paris eingetroffen. Ueber seinen Aufenthalt in Polen schreibt er im „L'Oeuvre", namens aller Offiziere richte er die dringende Warnung an Frankreich, den Polen irgendeine Truppenhilfe zu gewähren. Polen wolle seine Armee zu egoistischen Zwecken verwenden. Um freie Hand zu bekommen, bausche es deshalb die Gefahr eines bolschewistischen Einbruchs auf.

Die deutsch-polnische Grenzkommission

Die Kommission zur Festlegung der deutsch-polnischen Grenzen nimmt, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, Anfang Februar ihre Tätigkeit auf. Die Hauptkommission wird ihren Sitz in Posen haben, deutscher Vertreter ist Herr von Treutler. Unterkommissionen werden in Namslau, Schneidemühl und Danzig eingesetzt.

Deutschnationale und Staatsbankerott

In einem „Die Kampfesweise der deutschnationalen Presse" überschriebenen Aufsatze in Nr. 46 der „Saale-Zeitung" heißt es, daß „der deutschnationale Parteisekretär Munnecke in der demokratischen Versammlung den bekannten Kunze von sich abzuschütteln und seine Forderung nach einem Staatsbankerott als Entgleisung hinzustellen versuchte. Das ist ja bei Herrn Munnecke aus taktischen Rücksichten verständlich, wird aber in seiner Wirkung auf die Zugkräftigkeit der Partei als verfehlt anzusehen sein. Denn Herr Munnecke verschweigt, daß der Vorsitzende des Halleschen Deutschnationalen Vereins als Leiter der Kunze-Versammlung diesem deutschnationalen Staatsbankerott-Förderer ganz besonderen Dank aussprach ..." — Hierzu habe ich folgende Richtigstellung zu geben: Es wird mir in diesen Ausführungen der Vorwurf gemacht, aus „taktischen" Erwägungen heraus das verschwiegen zu haben, was belastend gegen die von mir vertretene Partei ins Feld geführt werden könnte. Das Ansehen meiner Partei und meine politische Tätigkeit zwingen mich, gegen derartige Unterstellungen auf das entschiedenste Verwahrung einzulegen. Für mein Handeln gibt es keine andern taktischen Erwägungen als den Weg der Wahrheit, und ich muß die in dem th-Artikel gegen mich erhobenen Vorwürfe so lange als bewußte Unterstellung bezeichnen, als nicht ein zwingender Gegenbeweis erbracht worden ist; dann aber habe ich — und das sollte auch der Berichterstatter der „Saale-Zeitung" gehört haben — keineswegs etwas verschwiegen, sondern wörtlich gesagt: „Wenn Herr Busse dem Redner (Kunze) für seinen Vortrag am Schluß der Versammlung dankte, so geschah das aus reiner Höflichkeit, er stellte sich also unter keinen Umständen auf den Boden der Kungeschen Ausführungen, was schon daraus hervorging, daß er in seinen einleitenden Worten den Staatsbankerott als ein Gespenst bezeichnete. Ferner ist Kunze für die Politik der Deutschnationalen Volkspartei durchaus nicht maßgebend, weil er außerhalb derselben steht; führend und allein bestimmend sind Männer wie Hergt, Posadowski, Schiele; und das von Exz. Hergt aufgestellte Ordnungsprogramm beweist zur Genüge, daß wir den Staatsbankerott unter allen Umständen vermeiden wollen, das Programm der Partei sich mit der Kungeschen Auffassung auch in keinem Punkte deckt."

Da ich als Vertreter und im Auftrage der Deutschnationalen Volkspartei sprach, dürften meine Ausführungen auch den mißtrauischen Hörer von der eindeutigen Auffassung unserer Partei über den Staatsbankerott überzeugt haben.

Wilhelm Munnecke, Verbandsdirektor,
Geschäftsführer des Deutschnationalen Volksvereins für Halle und Saalkreis.

1. Mecklenburgischer Bundestag des Bundes der Landwirte

Am Dienstag fand in Güstrow der 1. Bundestag des Bundes der Landwirte für das Gebiet Mecklenburg-Schwerin und Lübeck unter Teilnahme von mehr als 2000 Angehörigen aller landwirtschaftlichen Kreise statt. Der 1. Landesvorsitzende, Freiherr von Maltzahn-Moltzow, eröffnete kurz nach 12 Uhr die Tagung mit einer Ansprache, in der er mit warmen Worten unseres Kaisers gedachte. Mit einem herzlichen Dank an unser siegreiches Heer verband Freiher von Maltzahn Dankesworte auch an die Frauen, die während des Krieges so tapfer mitgearbeitet haben und auch jetzt mithelfen an dem Wiederaufbau zu einem neuen Deutschland. Unsere jetzige Regierung wolle einen Einheitsstaat schaffen, der sich nachgerade zu einem Zuchthausstaat herausgewachsen hat. Die Einzelstaaten sollen zu Provinzen herabsinken. Gerade deshalb müssen wir unser engeres Vaterland in seinem alten Zustande behalten. Alt Mecklenburg für immer! (Lebhafter Beifall.)

Den ersten Vortrag des Tages hielt sodann

Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel

über das Thema: „Die politische Lage". Die Linke, so führte der Redner aus, versucht heute unter schärfster Entstellung der Wahrheit die Schuld des furchtbaren Krieges Deutschland und dem Deutschen Kaiser zuzuschieben. Der Kaiser ist zulange bemüht gewesen, den Krieg zu vermeiden, das ist vielleicht der einzige Vorwurf, den man ihm machen kann. Englands Politik war es, die stets den Konkurrenten zu erdrosseln suchte.

Als ich kurz vor dem Abgang Ludendorffs dem Generalfeldmarschall Hindenburg die Verschärfung und das Gelöbnis der Landwirtschaft zu überbringen hatte, die letzte Kraft daran zu setzen, einen günstigen Ausgang dieses Krieges herbeizuführen, sagte mir Hindenburg: Wir werden durchhalten, aber nur unter einer Bedingung: Die Heimat darf uns nicht im Stich lassen. Hätte doch ein Bismarck an der Spitze gestanden! Aber wir dürfen bei unserer inneren Zerrissenheit die Not des Vaterlandes nie vergessen. Die Not ist groß, wir stehen vor schweren Stunden. Unsere Reichsgetreidestelle verspricht heute nicht mehr über Vorräte, die die Ernährung des Volkes bis zum 15. Februar sicherstellen. Keine Kohlen, kein Strom, um die noch vorhandenen Vorräte zu dreschen. Wir werden nicht auskommen, und eine Herabsetzung der Brotration verbunden mit einer Heraufsetzung der Ausmahlung, ist als sicher anzusehen, ein Zeichen, daß unsere Kriegswirtschaft mit ihrem Latein zu Ende ist. Wie die Kartoffelversorgung ist es ebenso schlimm bestellt. Wenn heute der Städter oft nur 3 Pfd. Kartoffeln die Woche erhält, so mag er sich bei denen bedanken, die uns seinerzeit gezwungen haben, auch bei Frost zu verladen. In Mecklenburg sind die Aussichten für die nächste Ernte genug so trübe, wie anderswo im deutschen Vaterlande. Mit der Zuckerfrucht ist es schlimm bestellt, die Zuckerversorgung ist gänzlich zusammengebrochen, in der Fleischversorgung liegen die Dinge ganz hoffnungslos. In Berlin werden wöchentlich etwa 2—300 fleischmagere Rinder und 10—20 Schweine angetrieben. Trotzdem kann jeder soviel Fleisch erhalten, wie er will, ein Beweis dafür, daß die Zwangswirtschaft in Wirklichkeit nur noch auf dem Papier besteht. Der Brennpunkt für uns ist: Arbeitsfrage und Arbeitsunlust. Die Landarbeitsordnung in ihrer jetzigen Form hat ungeheuren Schaden angerichtet. 2000 Arbeitsstunden hat man festgesetzt, wir verlangen als Mindestmaß eine Heraufsetzung auf 3075 Stunden. Wenn diese Arbeitsmehrleistung im Jahre 1919 bereits vorhanden gewesen wäre, dann hätten wir Hunderttausende von Zentnern Kartoffeln und Rüben geretet. Der gesetzliche Zwang zur Arbeit muß Tatsache werden. Wir wünschen keine Wucherpreise, aber eine Preispolitik, die verlangt, daß der Landwirt mit einer Unterbilanz arbeitet, ist ein Unding.

Wenn die Landwirtschaft einig in einer großen Kampforganisation als wirkungsvolle Macht auf den Plan tritt, dann wird durch unsere Arbeit noch einmal ein neues, schönes großes Deutschland erstehen. Hilf dir selbst, dann wird auch Gott dir helfen. (Langandauernder Beifall und lebhaftes Händeklatschen.)

Nach diesem Vortrag ergriff das Wort der Abgeordnete

von Graefe-Goldebee

zu einem warmherzigen und dringenden Appell an die deutsche Landwirtschaft. „Es geht um die eiserne Ration des deutschen Volkes, das in einer belagerten, abgeschnittenen Festung ganz allein nur auf sich selbst bauen darf. Wir sind auf diese eiserne Ration, auf das einzige, was uns geblieben ist ganz allein angewiesen: Auf die deutsche Arbeit. Darum ist es ein heller Wahnsinn, daß ein Volk, wie das unsrige, seine Arbeit kürzt und verweigert. Selbst im bolschewistischen Rußland hat man heute schon die zwölfstündige Arbeitszeit wieder eingeführt. Dort hat man, durch die Erfahrungen gezwungen, auch das Streikverbotsgesetz wieder aufgehoben. Unsere erste und heiligste Pflicht ist es, dem Volke einzuhämmern: Es geht um eines jeden Sein oder Nichtsein. Wir Landwiete wissen, daß die Arbeit niemals unterbrochen werden kann und darf. Aber dennoch richte ich an Sie alle eine ernste Mahnung. Für den Deutschen ist der Begriff Arbeit stets mit dem Wort bete verbunden. Damit meine ich den ganzen Begriff der Veredelung der Arbeit für höhere Ziele. Gerade die Zerfahrenheit in den Reihen unserer Vereinsgenossen wird namentlich durch das Fehlen dieses Veredelungsgedankens verursacht. Viele hat uns gehen sich noch denen hin, die sie bei ihrem Egoismus packen, daher kommt es auch, daß der Landwirt im Volke nicht beliebt ist. Es ist zu beklagen, daß unsere Landwirtschaft nicht erkennt, daß auch sie parteipolitisch sein muß, sie muß sich mit einer Partei, die sich als Vorkämpfer für ihre Ziele erwiesen hat, zusammenschließen.

Wir müssen einen ganz anderen Patriotismus bewirklichen. Daran hat es gehapert und hapert es noch heute. Ernster, heißiger Wille tut uns not. Ich rufe Sie alle auf zur Arbeit, zur Arbeit in voller Einigung, damit das Volk erkennt, was für eine Macht in der Landwirtschaft liegt. Dann wird für uns auch der Erfolg nicht ausbleiben, wenn wir treu gesammelt stehen hinter unseren Farben schwarz-weiß-rot!"

Bombenanschlag in Kairo. Auf den Minister der öffentlichen Arbeiten, Sirry Pascha, ist ein Bombenanschlag verübt worden. Der Minister wurde nicht verletzt, obwohl sein Auto zertrümmert wurde. Der Täter wurde verhaftet.

Gegen den Redakteur der „Freiheit", Schriftsteller Rudolf Wielepp, wurde heute vor dem Landgericht I eine Anklage wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts Dr. Fleischmann und des Staatsanwalts Zumbroich verhandelt. Letztere sind als Nebenkläger zugelassen.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

29] Roman von Lola Stein.

„Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin."

Hermann Lindner wußte selbst nicht, warum er Paul in seiner Nähe behielt. Ein Frösteln hatte ihn beschlichen, die Ahnung von etwas Fremdem, Unheimlichem, als Bronsart ihn so angesehen.

„Ich will gehen," sagte der Schriftsteller. „Sie sind müde und abgespannt. Ich will Sie nicht länger stören."

„Nein, Bronsart, ich halte Sie nicht, ich bin wirklich müde. Aber unseren Wein wollen wir doch noch trinken, ehe Sie gehen. Hier stehen unsere vollen Gläser noch. Kommen Sie!"

Langsam näherte sich Raoul Bronsart dem Tische, lauernd waren seine Bewegungen, durchbohrend, zwingend sein Blick, der unablässig auf Hermann Lindners Zügen verweilte.

„Auf die Zukunft denn also," sagte er und trat heran. Seltsam schwer und müde klang seine Stimme.

„Ja, auf die Zukunft," erwiderte Hermann Lindner und nahm von der Mitte des Tisches von dem silbernen Tablett eins der gefüllten Gläser.

Hastig, gierig fast ergriff Raoul Bronsart das andere, setzte es an die Lippen, leerte es in einem Zuge.

„Ein guter Tropfen, o, das tut wohl. Gute Nacht denn, glückliche Reise und gute Kur!"

„Gute Nacht Doktor, lassen Sie es sich ebenfalls gut ergehen!"

Keiner der beiden sagte „auf Wiedersehen".

Paul brachte den Gast in die Halle, legte ihm seinen Mantel um. Bronsart drückte dem Diener ein Geldstück in die Hand, er horchte nach oben. Von Maja war keine Spur zu entdecken, sie hatte sich wohl schon zurückgezogen in ihr Gemach.

Nun stand er auf der Straße, die kühle Nachtluft umschmeichelte seine Stirn. Er warf keinen Blick zurück auf das weiße Haus, er stürmte mit großen Schritten dahin, als jagten Furien ihn.

Er ging den ganzen Weg zu Fuß. Lodmilde kam er in seiner Pension an. Er betrat seine Zimmer, erleuchtete sie beide, denn er fürchtete heute die Dunkelheit.

Dann entkleidete er sich, ließ die Tür zwischen Wohn- und Schlafzimmer offen und warf sich ins Bett.

Er schloß die Augen: „Nicht denken, nicht denken, schlafen, schlafen, vergessen!"

Aber ihn floh der Schlaf. Unruhig wälzte er sich umher, warf sich von einer Seite auf die andere, ohne Ruhe finden zu können.

Stunde auf Stunde verging so.

Gegen Ende der Nacht sank er endlich in einen unruhigen, qualvollen Schlummer.

Plötzlich fuhr er mit einem kurzen Aufschrei empor, der schrille Klang des Telephons im Nebenzimmer hatte ihn geweckt.

Er taumelte aus dem Bett, wankte hinein in das Zimmer, aus dem der Klang gekommen war, jetzt gellte der Lärm von neuem.

Verwirrt sah er, daß Licht in den beiden Stuben brannte, entsann sich plötzlich, daß er die Nacht gescheut, entsann sich des gestrigen Tages . . .

Die Uhr zeigte die sechste Stunde.

Er schwankte zum Schreibtische heran, fiel in den Stuhl, der davor stand. Seine zitternden Finger rissen den Hörer ans Ohr.

„Hier Bronsart," und erschrak vor dem seltsamen Klange seiner eigenen Worte.

Da hörte er die Stimme der geliebten Frau. Auch sie klang seltsam entstellt und schien aus weiter, weiter Ferne zu kommen.

„Dr. Bronsart selbst? Hören Sie, etwas Furchtbares ist geschehen. Mein Mann ist gestern abend spät ganz plötzlich gestorben."

Er suchte nach Worten, er fand keine, die Stimme war ihm wie abgeschnitten, ein gurgelnder Laut rang sich aus seiner Kehle.

Maja Lindner fragte: „Bronsart, hören Sie mich?"

„Ich höre, weiter."

„O, es ist alles so schrecklich. Ich fürchte mich, fürchte mich."

Raoul Bronsart hatte sich wieder in der Gewalt.

Das Schicksal hatte für ihn entschieden.

„Ich komme zu Ihnen," sagte er.

Zweiter Teil.

1.

„Nun laß dich doch einmal umarmen, mein geliebter Junge," sagte Gertrud Lindner und zog Axel in ihre Arme.

Sie küßte sein frisches, sonnenverbranntes Antlitz, seine leuchtenden blaugrauen Augen, nach denen sie sich so gesehnt.

„Welches Glück, welches unsagbare Glück für mich, daß du nach Hause gekommen bist."

Sie standen im Flur ihrer Wohnung. Die Mädchen hatten indessen die Koffer des jungen Herrn in sein Zimmer getragen. Nun befreite Axel Lindner sich halb lachend und halb gerührt aus den Armen seiner Mutter.

„Du drückst mich tot, Mamachen, liebes kleines Mamachen, du! Laß dich anschauen, komm, ich nehme dir den Hut ab, damit nichts Fremdes an dir ist. So mit dem ganz weißen Haar bist du noch viel hübscher als vor sechs Jahren."

Sie lachte: „Schmeichler, du! Soll ich dir nun Komplimente machen? Du siehst wie ein Römer aus mit dem bartlosen, braungebrannten Gesicht, Axel."

„Dazu müßte ich dunkles Haar haben, Mamachen, das blond paßt schlecht für einen Römer."

Sie waren in sein Zimmer gegangen. Es hatte immer für ihn bereit gestanden, in all' den Jahren. Frau Lindner hatte manchmal hier gesessen, von der Zeit träumend, da Axel wieder bei ihr sein würde. Nun war er schneller gekommen, als sie gedacht. Das Gemach war mit frischen Blumen, mit buntem Herbstlaube traulich und heiter geschmückt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001301-19/fragment/page=0002

Kreisbauerntag der Kreisbauernschaft „Saalkreis"

Unter überaus zahlreicher Beteiligung fand gestern vormittag im großen Saale des „St. Nikolaus" der erste Kreisbauerntag der Kreisbauernschaft „Saalkreis" statt, der die folgenden landwirtschaftlichen Verbände und Vereine des Saalkreises angehören: die landwirtschaftliche Kreisvertretung, der Kreisverband der ländlichen Genossenschaften, der Arbeitsverband des Saalkreises, der Kreisbauern- und Landwirtverein, der Kreisschafzuchtverein, die Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld, der Kreisgiesengzuchtverein, der landwirtschaftliche Hausfrauenverein und die Zuckerfabriken des Saalkreises. Die Tagung wurde eröffnet und geleitet vom Kreisbauernmeister, Gutsbesitzer Fr. Heinrich-Schwerz, der in einer Begrüßungsansprache die Verdienste der Landfrauen im Gemeinen und im besonderen die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine lobend hervorhob, um des weiteren auf die Bedeutung und Ziele der Kreisbauernschaften einzugehen. Eine seiner ersten Aufgaben muß es sein, für eine richtige Zusammensetzung der Kreisvertretung zu sorgen und Einfluß auf den Kreisausschuß auszuüben, ferner auch auf den Bezirksausschuß und auf den Provinziallandtag. Daneben haben wir aber die wirtschaftspolitische Aufgaben zu erfüllen, nämlich die wirtschaftlichen und beruflichen Interessen des platten Landes zu vertreten und zu unterstützen. Ganz besonders den kleinen Besitzer soll durch die Kreisbauernschaft Rat und Tat in wirtschaftlichen Fragen erteilt werden. Wir haben Persönlichkeiten zur Hand, die für diese Aufgaben geeignet sind. Schwierige Aufgaben hat sich die Kreisbauernschaft gestellt, und es ist Pflicht aller Mitglieder der angeschlossenen Korporationen, ihre Bestrebungen zu unterstützen. Die kleinen Besitzer müssen den landwirtschaftlichen Vereinen, den Tierzucht- und Schafzuchtvereinen, die Damen den landwirtschaftlichen Frauenvereinen anschließen. Wenn wir so unser Ziel verfolgen, so werden wir es erreichen, und zum Wohle des gesamten Volkes, und im besonderen des platten Landes, unsere Arbeit aufnehmen können.

Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen ergriff

Frau Prof. Kueßner-Halle

das Wort zu ihrem Vortrage „Die Frau in der Organisationsbewegung". Wenn man die Geschichte unseres Volkes verfolgt, so begegnet man blühendem Leben in den Handwerks- und kaufmännischen Kreisen, Wohlstand und Aufschwung. Diese Blüte verdankte das Handwerk seinem Zusammenschluß in Zünften. Im Gegensatz zu dieser Entwicklung in den Städten hat sich die Bevölkerung auf dem platten Lande erst spät, etwa zu Anfang des 19. Jahrhunderts, zusammengeschlossen. Einer Seite seinen Grund in der Unfreiheit und Erbuntertänigkeit der Bauern, der erst im Jahre 1807 durch die Reformen des Freiherrn vom Stein ein Ende bereitet wurde. Erst von diesem Zeitpunkt an konnte sich eine Familienwirtschaft entwickeln. Nur eine solche Wirtschaft verbürgt eine wahre Produktionsarbeit, Güter erzeugend und Güter vermehrend. In der Erkenntnis schlossen sich dann die Landwirte zu Organisationen zusammen, wie es die Bauernvereine, Bauernbund, und der Landwirte und andere landwirtschaftliche Genossenschaften sind, von denen wir gegenwärtig über 30 000 in Deutschland zählen. Alle diese Bestrebungen sind aber nicht zum Ziele geführt worden. Es gilt daher, neue derartige Organisationen zu gründen und die bestehenden weiter auszubauen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich die Landwirte erst in Zeiten der Not zusammengeschlossen haben. Und solche Stunden der Not sind auch jetzt wieder über uns hereingebrochen. Auch wir Frauen dürfen und können jetzt nicht länger abseits stehen. Wir haben uns früher vielfach zurückgehalten aus Mangel an Interesse, vielfach auch aus berechtigter Scheu, ins öffentliche Leben zu treten.

Der Ernst der Zeit erfordert aber alle Kräfte.

Wir müssen uns daher in den landwirtschaftlichen Hausfrauen-Vereinen zusammenschließen, die die Interessen der Landfrauen vertreten und ihnen mannigfache Bestrebungen geben. Diese Bewegung ist ausgegangen von Ostpreußen, ihre Begründerin ist Frau Elisabeth Böhm. In unserer Heimatprovinz zählen wir 21 landwirtschaftliche Hausfrauenvereine. Sie erstreben, für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ein vorteilhaftes Absatzgebiet zu schaffen. Sie haben anfangs mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, obwohl immer darauf Wert gelegt wurde, daß in den Vorstand auch städtische Frauen gewählt wurden, wie denn überhaupt danach gestrebt wurde, Erzeuger und Verbraucher einander näher zu bringen. Die landwirtschaftlichen Frauenvereine machen ferner Front gegen die Schäden des Schleich- und Zwischenhandels.

Neben ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit verfolgen die Frauenvereine aber auch eine ideelle Aufgabe. Sie wollen die Frau zur Persönlichkeit erziehen. Erst als Mitglied einer derartigen Organisation kann die Frau auf das öffentliche Leben Einfluß ausüben. Dies ist heute mehr denn je geboten, da das politische Leben ganz besonders auch durch wirtschaftliche Gesichtspunkte beeinflußt wird. Die Frau hat jetzt das Recht, sich um Wirtschaftspolitik zu kümmern, es ist aber auch ihre heilige Pflicht, ja eine vaterländische Pflicht. In Haus, Hof und Garten erwächst der Frau ein reiches und dankbares Arbeitsfeld. Auch auf diesem Gebiete wird sie durch ihre Zugehörigkeit zu den landwirtschaftlichen Frauenvereinen Rat und Belehrung erhalten. Wir bekommen heute einen großen Teil der Lebensmittel aus dem Auslande. Diesen Luxus können wir uns nicht mehr gestatten. Wir müssen daher unsere Produktion erhöhen. Dieses Bestreben unterstützen ganz besonders auch diese Organisationen, die übrigens auch von den Landwirtschaftskammern und berufenen Vertretern der Landwirtschaft lebend anerkannt werden. Riesige Aufgaben hat die deutsche Frau zu erfüllen, unter anderem auch auf dem Gebiete der sozialen Fragen. Es muß daher jede Frau als ihre Pflicht betrachten, sich an dem öffentlichen Leben zu beteiligen und sich den landwirtschaftlichen Frauenvereinen anzuschließen. Die Kraft der Frau wird für diese Aufgaben ausreichen, sofern sie nur über deutsche Treue und Verantwortungsfreudigkeit verfügt.

Der Vortrag wurde von der Versammlung beifällig aufgenommen. In der sich anschließenden Aussprache wurde seitens einer Dame aus Halle betont, daß der hiesige Hausfrauenverein auf wirtschaftlichem und ideellem Gebiete Hervorragendes geleistet habe. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß in Zukunft mehr Gewicht auf die kaufmännische Leitung der Hausfrauenvereine gelegt werden müsse. Der Kreisbauernmeister begrüßte sodann den nachträglich erschienenen Landrat des Saalkreises Adolf Thiele. — Hierauf sprach

Direktor Hemeter-Elsterwerda

über „Die derzeitige Lage der Landwirtschaft". Redner führte etwa folgendes aus: Meine Ausführungen stützen sich auf positive Zahlen. Die Zahlen, die sich beziehen auf die Lage der Landwirtschaft während und nach dem Kriege sind der Zeitschrift des Reichswirtschaftsministeriums entnommen, die Zahlen für die Verhältnisse vor dem Kriege den amtlichen Statistiken. Der unglückselige Ausgang des Krieges und die harten Friedensbedingungen haben unser wirtschaftliches Leben verschlechtert, ganz besonders auch unsere Landwirtschaft. Sie ist nach den vorliegenden Berechnungen auf Jahrzehnte in ihrer Entwicklungsfähigkeit zurückgeworfen. Sie stand vor dem Kriege gut da, speziell der Acker- und Pflanzenbau. In den Jahren 1845 bis 1914 stiegen die Erträge des Weizens von 12 auf 21 Doppelzentner, der Gerste von 12 auf 20, des Hafers von 9 auf 18, des Hafers von 10 auf 19 und der Kartoffeln von 84 auf 136 Doppelzentner. Die Erträge des Getreides stiegen also um 60 bis 90 Prozent, die Bevölkerung indessen nur um 44 Prozent. Die Folge davon war, daß Lebensmittel im Ueberfluß vorhanden waren und eine stetige Verbesserung der Lebenshaltung des deutschen Volkes in allen Kreisen eintrat. Diese Beobachtung wird auch zum Ausdruck gebracht durch die Zahlen der amtlichen Statistik, die sich auf den Fleischverbrauch der Bevölkerung beziehen. Je größer die Wohlhabenheit der Bevölkerung ist, um so größer ist auch der Fleischverbrauch. 1861 kamen auf den Kopf 23 Kilogramm, 1892 schon 32, 1911 sogar 54 Kilogramm. Mit diesem Fleischverbrauch standen wir an der Spitze der Nationen. Besonders hoch stand auch unsere Viehhaltung und -zucht. Auch dafür einige Zahlen. Von 1880 bis 1913 war der Rinderbestand in Deutschland von 15 auf 20 Millionen gestiegen, der Schweinebestand von 9 auf 25 Millionen.

Nun einige Zahlen von heute, zuerst auf dem Gebiete des Acker- und Pflanzenbaues. Die Erträge des Roggens sind zurückgegangen um 27 Prozent, der Gerste um 25 Prozent, der Kartoffeln um 34 Prozent und der Zuckerrüben um 20 Prozent. In Mark umgerechnet beträgt der Brotgetreide-Ausfall 4,4 Milliarden, der Ausfall an Kartoffeln 883 Millionen. Der Verlust, der sich nur bezieht auf Verminderung der Ernteerträge, beziffert sich auf 8,7 Milliarden. Darin ist nicht eingerechnet der Verlust auf dem Gebiete des Acker- und Pflanzenbaues. Ferner hat auch der Wert und die Ertragsfähigkeit des Bodens gelitten. Es fehlte der Dünger und wir mußten daher mit dem Boden Raubbau treiben. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums gibt den Verlust an Stickstoffen und Phosphorsäuren auf 3,2 Milliarden, an Humussubstanz auf 1,5 Milliarden an. Dazu kommen 8,7 Milliarden Verlust infolge Verabsetzung der Erträge, so daß wir

während des Krieges einen Gesamtverlust von rund 15 Milliarden

erlitten.

Auch die Viehhaltung und -Zucht ist stark zurückgegangen. Es war ein Fehler, daß wir uns früher zu sehr an die ausländischen Futtermittel gewöhnt haben. Es ist darauf von berufenen Vertretern der Landwirtschaft hingewiesen worden, leider ohne Erfolg. Dazu kam dann die Unterbindung der einheimischen Futtermittelproduktion, die Verbote des Verfütterns von Hafer, Gerste usw., ferner die von Jahr um Jahr sich steigernde Viehablieferung. Es war geradezu unmöglich für den Landwirt, das Vieh sich richtig entwickeln zu lassen. Unser Viehbestand ist aber nicht nur an Zahl, sondern auch an Qualität zurückgegangen, der Bestand des Schlachtviehs um 5,8 Millionen Stück, an Pferden um 427 Tausend Stück = 2,1 Milliarden Mark, der Bestand des Geflügels um 270 Millionen Stück. Der Gesamtschaden, den unser Viehbestand erlitten hat, beziffert sich auf 8,8 Milliarden Mark. Es ist ferner zurückgegangen die Produktion von tierischen Erzeugnissen, Fleisch, Milch, Wolle. Rechnet man dies alles zusammen, so ergibt sich ein Gesamtschaden von 91 Milliarden Mark.

Unsere Landwirtschaft ist bezüglich ihrer Produktion auf den Stand der achtziger Jahre zurückgeworfen, damals war aber die Nachfrage nach Lebensmitteln viel geringer als jetzt. Das weiteren halten wir in den achtziger Jahren in Deutschland eine Bevölkerung von 45 Millionen, 1905 von 60 Millionen; davon waren 56 Millionen bezw. 25 Millionen Landbewohner. Ferner ist zu berücksichtigen, daß wir damals noch das gesamte deutsche Reich als Produktionsgebiet zur Verfügung hatten. Heute haben wir im Osten und Westen große und lebensnotwendige Gebiete verloren. Allein Preußen sind von seiner Brotgetreide-Anbaufläche 20 Prozent genommen, von der Anbaufläche der Kartoffeln, Gerste und Rüben 25 Prozent.

Unsere Landwirtschaft muß daher alle Kraft zusammennehmen, wenn sie weiter bestehen und ihre Aufgaben erfüllen will. Jeder einzelne Landwirt muß aus dem Boden und dem Vieh alles nur mögliche herausholen. Auf Jahrzehnte muß das Losungswort gelten „Arbeiten". Daneben muß sich aber auch der Landwirt wirtschafts-politisch betätigen. Früher vertrat die Regierung die landwirtschaftlichen Interessen und gewährte ihnen Schutz, heute muß der Landwirt selbst seine Interessen vertreten. Die wirtschafts-politische Vertretung der Landwirte innerhalb ihres Kreises ist die Kreisbauernschaft, innerhalb der Provinz der Landbund, der mit dem Bund der Landwirte und der Parteipolitik nichts zu tun hat. In die Kreisbauernschaft müssen große und kleine Besitzer hinein. Von landwirtschaftsfeindlicher Seite wird zwar versucht, einen Keil zwischen die großen und kleinen Besitzer zu treiben. Diese Kreise wollen aber nur erreichen, daß die großen Besitzer getrennt und die kleinen führerlos werden. Wir wollen daher hoffen, daß die jetzige Not unsere Landwirte zu einer Macht zusammenschweißt. Sonst droht den Landwirten die Gefahr, daß sie wie vor hundert Jahren nicht mehr eigene Herren ihrer Scholle sind.

Reicher Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen, an die sich keine Aussprache anschloß.

Nunmehr erhielt das Wort

Gutsbesitzer Psautsch sen.-Wesenitz

der über das Thema „Zur Zwangswirtschaft" etwa folgendes ausführte: Ich kann mich über mein Thema kurz fassen, da sie ja die „Errungenschaften" der Zwangswirtschaft am eigenen Leibe verspürt haben. Bereits Ende 1914 brach sich die Erkenntnis Bahn, daß wir zu einer Rationierung der Lebensmittel schreiten müßten. Am 1. Februar 1915 fanden die ersten Beschlagnahmungen statt. Hätte man von Anfang an mit diesen Angelegenheiten praktische Fachleute beauftragt, so wären zweifellos die mißlichen Folgeerscheinungen der Zwangswirtschaft nicht so sehr in die Erscheinung getreten. Die Zwangswirtschaft hat zunächst verteuernd gewirkt. Die Preise des Erzeugers standen in keinem Verhältnis zu den Preisen des Verbrauchers. Die Schätzungen der Ernten sind Ihnen auch bekannt, und es ist nicht zu vermundern, daß sie nicht so ausgefallen sind, wie man ursprünglich erwartet hatte. Die Grundlage unseres Wirtschaftslebens ist die Kohle. Wenn in Deutschland nicht wieder Arbeitsfreudigkeit einkehrt, so gibt es für unsere Not keine Rettung. Man ist freilich gern bereit, den Landwirten die Schuld an den mißlichen Ernährungsverhältnissen zuzuschieben, vor allem auch für die Mißstände, die seit der Freigabe von Eiern, Hafer und Gerste in die Erscheinung getreten sind. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Angebot und Nachfrage die Preise regulieren. In Leipzig wird jetzt von Ausländern alles mögliche aufgekauft. Bei dem jetzigen Mangel an Lebensmitteln wird das großstädtische Volk noch ärmer. Die

Vorwürfe gegen die Landwirte sind nicht zutreffend.

Ich könnte noch vieles sagen; das, was wir jetzt alle unter der Zwangswirtschaft fühlen, ist ja jedem bekannt. Ich kann nur raten, daß die Regierung mit unserer Bevormundung schleunigst Schluß macht.

In der sich anschließenden Aussprache führte Kreisbauernmeister Heinrich aus: Es wird allerdings die höchste Zeit, daß es bei der Regierung dämmert. Ich habe mich gewundert, daß der demokratische Abgeordnete Dr. Schreiber mir gestern abend noch durch Einschreiben kundgetan hat, daß er in bezug auf den Abbau der Zwangswirtschaft ganz anderer Meinung geworden ist. Es soll der Regierung dies anheim gestellt werden, die jedoch die Zwangswirtschaft für Getreide und Milch weiter bestehen lassen will. — Rittmeister Teubner aus Trebnitz bei Können fordert die Groß- und Kleinbauern dringend auf, Herrn Dr. Schreiber nicht zu trauen. Allerdings hat die Regierung eine wesentliche Preiserhöhung für die Landwirte vorgesehen, speziell auch für die Düngemittelbeschaffung alles in die Wege geleitet.

Direktor Hemeter beleuchtete sodann noch verschiedene Einzelheiten. In Berlin gibt es z. B. Kartoffeln und Zucker ohne Karte, zu einem Preise von 45 Pf. bezw. 16 Mk. je Pfund. Somit ist ja die Zwangswirtschaft teilweise schon aufgehoben. Selbst das „Berliner Tageblatt" hat zugestanden, daß die Landwirte zu den derzeitigen Preisen nicht mehr wirtschaften können. In Erzloitenburg ist durch die Tagespresse gegangen, daß nicht die Landwirte und Bäcker, sondern die staatlich und städtischen Stellen das Brot verteuern.

Zum Schluß verbreiten sich noch die Herren: Dechow über die Milchfrage (Butter, Quark), Zecher über Abdeckereiverhältnisse (Pferdekadaverpreise usw.), Teubener über die Haferfütterung. — In der Milch- und Hafer-Angelegenheit wurde die Bildung von Kommissionen beschlossen. — Gegen 3 Uhr nachmittags fand der erste Kreisbauerntag der Kreisbauernschaft „Saalkreis" sein Ende.

Halle und Umgebung

Halle 30. Januar.

— **Pastor Meltzer †. Wieder ist eine der bekanntesten und geachtetsten Persönlichkeiten unserer Stadt dahingegangen:** Pastor Karl Meltzer. Der Verstorbene hat über 30 Jahre als Seelsorger an der Bartholomäus- und Petrusgemeinde gewirkt, durch ihn ist das kirchliche Leben in den Vororten ungemein befruchtet worden. Der Armenpflege widmete der Verstorbene in seiner Gemeinde seine besondere Pflege. Er half manchem Armen nicht nur mit Rat, sondern mit Tat und verstand es, in dieser Weise auch die Mitglieder des Frauenvereins in Halle-Giebichenstein mit sich fortzureißen. So betrauern viele den Tod P. Meltzers aufs schmerzlichste; sein Andenken bleibt bei allen, die mit ihm in Berührung traten, unvergessen.

— **Die Polizeistunde** wird für Halle mit Wirkung vom 1. Februar auf 11 Uhr abends festgesetzt.

— **Volkshochschule.** Die Vorlesung des Geheimen Justizrats Professors Dr. A. Finger über „Neubau des Reiches" fällt am Sonnabend aus. Dafür wird am 7. Februar der Vortrag von 8—10 Uhr dauern.

— **Eine neue Straßenbahnlinie.** Von heute ab fährt jeder zweite Wagen der Linie 5 vom Zoologischen Garten nach der Artilleriekaserne. Diese Wagen erhalten rot-gelbe Kopfschilder und die Bezeichnung 5 A. Die endgültige Nummerierung der Linien findet erst statt, nachdem die gesamte neue Linienführung durchführbar ist. Hierzu sind noch einige Gleisveränderungen erforderlich, die in nächster Zeit eingebaut werden. Die Buchstabenbezeichnung A soll nur andeuten, daß die Linie vorerst eingeführt ist.

Zuschläge zu den Eichgebühren. Mit Wirkung vom 1. Jan. d. J. wird nach Bekanntgabe der Reichsregierung für Eichgebühren ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben.

— **Kriegsunterstützung an Angehörige von Mannschaften, die als gefangen, vermißt oder interniert gelten.** Alle Angehörigen von Mannschaften, die aus den Rechten Gefangener, Vermißter oder Internierter noch Kriegsunterstützung beziehen, haben dem zuständigen Armenpfleger binnen vier Wochen neue Nachweise darüber vorzulegen, daß der Betreffende noch als gefangen, vermißt oder interniert gilt, da sonst die Kriegsunterstützung nicht weitergezahlt werden kann. Außerdem wird den Unterstützungsempfängern nochmals zur Pflicht gemacht, alle Aenderungen in den Verhältnissen, die eine Ermäßigung oder den Wegfall der Unterstützung zur Folge haben, wie Rückkehr aus der Gefangenschaft, Erlangung von Arbeitsverdienst usw., der Zahlstelle sofort mitzuteilen. In Fällen, in denen der Einberufene länger als sechs Monate als vermißt gilt, ist der Kriegsunterstützungs-Kommission unverzüglich Anzeige zu erstatten.

— **Zeitbilder der „H. Z."** Folgende Bilder hängen in unserer Geschäftsstelle aus: An der Petroleumquelle in Pechelbronn (Elsaß). Das Petroleum ist dickflüssig wie Teer. Die Geschäftsträger von Amerika und England in Berlin. Links: Lord Kilmarnock, der Vertreter Englands, rechts: Gesandter Dresel, der Vertreter Amerikas. Ein 500 Pfund schwerer Schwimmlehrer. Die 4 besten Schwimmerinnen des Atlantic-City-Schwimmklubs mit ihrem 500 Pfund schweren Schwimmlehrer.

Familien-Nachrichten.

Geburten. Karl Zehsche und Frau Helene geb. Trebstein (Sohn). — Franz Nagel und Frau Margarethe geb. Quasebarth (Sohn).

Vermählung. Dr. med. Kurt Zeitz und Anna geb. Zanzel in Erfurt—Halle a. S.

Todesfälle. Am 27. Januar Pastor Karl Meltzer. — Am 28. Januar Schneidermeister August Lange im 65. Lebensjahr. — Am 28. Januar Alexander Schmeil im 68. Lebensjahr. — Am 28. Januar Amalie Schondorf im 67. Lebensjahr. — Am 28. Januar Max Schondorf im 41. Lebensjahr. — Am 27. Januar Handelsmann Gottlob Tax im 79. Lebensjahr. — Am 27. Januar Privatamtm Kurt Krüger im 80. Lebensjahr. — Am 28. Januar verw. Martha Eichler im 83. Lebensjahr. — Am 28. Januar Gutsbesitzer Franz Barth im 63. Lebensjahr, Gottenz b. Gröbers.

Provinz Sachsen

g. **Aus dem Saalkreis,** 29. Jan. (Zum Saatenstand.) In landwirtschaftlichen Kreisen trat mehrfach die Befürchtung zutage, daß der strenge Frost ohne genügende Schneedecke den Saaten Schaden zugefügt haben könnte; erfreulicherweise haben sich dieselben, wie jetzt ersichtlich ist, nicht bestätigt. Die Saaten, frühe wie späte, haben bis jetzt ein frisches, lebhaftes Aussehen und berechtigen zu guten Hoffnungen; nur ist der Stand hier und da noch etwas dünn, da die Pflänzchen bei dem frühen Eintritt der Frostwitterung im Herbst sich nicht genügend bestocken konnten. Maßgebend für den eigentlichen Saatenstand ist jedoch erst die Witterung im Februar und März, wenn es abwechselnd taut und friert, da hierdurch eine Bodenhebung eintritt, durch welche die Saugwurzeln leicht abreißen und dadurch den Pflanzen die wirkliche Lebenszufuhr abgeschnitten wird. Hierin liegt die tatsächliche Auswinterung und nicht im Erfrieren der Pflanzen.

× **Wolfen,** 28. Jan. (Werkeinbruch.) In einer der jüngsten Nächte wurde in den Geschäftsraum der nahen Anilin-Kohlengrube „Hermine" eingebrochen und außer anderen Gegenständen eine Schreibmaschine gestohlen. Einen früher dort Beschäftigten verhaftete man in Leipzig, als er die Maschine zum Kaufe anbot.

y. **Nordhausen,** 28. Januar. (Eine Wohnungsfürsorge-Gesellschaft Sachsen-Anhalt) soll, wie in Westfalen, Rheinland und Ostpreußen, gegründet werden zwecks Gewährung von Kredit für Siedlungszwecke. Unsere Stadtverordneten haben die Beteiligung unserer Stadt an dieser Gesellschaft mit 5000 Mk. unter der Bedingung genehmigt, daß in die Satzungen der Gesellschaft die Bestimmung aufgenommen wird, daß die Gesellschaft auch Baumaterialien, event. in eigenen Betrieben, beschafft.

× **Petersroda,** 28. Jan. (Leitungsdrahtdiebstahl. Von den Masten der elektrischen Zugförderung zwischen unserem Dorfe und der Grube „Beharrlichkeit" wurden in einer der letzten Nächte ungefähr 1400 Meter Kupferdraht abgeschnitten und entwendet. Für die Ermittelung eines Täters hat die Eisenbahnverwaltung Halle eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001301-19/fragment/page=0003

× **Jeßnitz**, 28. Jan. (Treibriemendiebstahl.) Aus der hiesigen Armaturenfabrik von O. Lamprecht wurde mittelst nächtlichen Einsteigens ein lederner Treibriemen im Werte von mehreren hundert Mark weggeholt. Der Dieb ist durch die Polizei festgestellt worden.

R. **Dessau**, 27. Januar. (Die von einer Anzahl altgläubiger evangelischer Christen) nach dem Vereinshaus einberufene Protestversammlung gegen die vom Anhaltischen Lehrerverein erhobene Forderung der „Entdogmatisierung" des Religionsunterrichts und die Beschränkung der Religionsunterrichtsstunden auf 2 in der Woche war sehr gut besucht. Nach einem Vortrag des Hofpredigers Bindemann und lebhafter Aussprache wurde folgende Entschließung gefaßt, die an den Staatsrat und die Oberschulbehörde abgesandt wurde: Wir wünschen, daß unsere Kinder in den Landesschulen eine Erziehung und Unterweisung erfahren, die der Erziehung in unseren christlichen Familien nicht widerspricht. Wir verlangen demgemäß, daß der Religionsunterricht in unseren Staatsschulen in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen unserer Religionsgemeinschaft erteilt wird, wie solches die Reichsverfassung in Artikel 149 vorschreibt. Wir erklären, daß wir als „evangelisch" nur einen Religionsunterricht anerkennen, welcher das Wort Gottes zur Grundlage hat. Wir legen nach unserm Elternrecht und auf Grund der Reichsverfassung Verwahrung ein gegen den Beschluß der Vertreterversammlung des Anhaltischen Lehrervereins, weil dadurch unsere Kinder der Lehrwillkür des einzelnen Lehrers preisgegeben würden. Wir erklären, daß wir einen „evangelisch" sich nennenden Religionsunterricht, der die eine unsern Glauben tragende Grundtatsache, die Erscheinung der vollkommenen Gnade Gottes in dem für uns gekreuzigten und auferstandenen Heiland leugnet, nicht als mit den Grundsätzen unserer Religionsgemeinschaft übereinstimmend anerkennen können. Wir werden nach unserer Gewissenspflicht darüber wachen, daß der Religionsunterricht nach dem soeben angegebenen Inhalt in Wirklichkeit erteilt wird, damit unsere Kinder nicht in die innere Not geraten, daß ihre Seelen zwischen unvereinbaren Glaubensgegensätzen hin- und hergerissen werden. Selbstverständliche Forderung der Gewissenspflicht ist es auch, daß weder ein Lehrer zur Erteilung von Religionsunterricht, noch ein Kind gegen den Willen seiner Eltern zur Teilnahme an demselben gezwungen werden kann."

— **Erfurt**, 28. Jan. (Der Erste Staatsanwalt) erläßt eine Bekanntmachung, nach der eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt ist auf die Ergreifung des Täters, der am 8. Januar den Landwirt Schollmeyer aus Klein-Graße bei Mühlhausen ermordet hat.

tzk. **Eisenach**, 29. Jan. (Glück im Unglück.) In der Wiesenstraße war ein junges Mädchen damit beschäftigt, Viehfutter vom Boden zu holen. Es warf den Futtersack zum Bodenfenster des dreistöckigen Hauses heraus, verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte hinterher. Glücklicherweise fingen sich aber die Kleider an einem Nagel in der Nähe des ersten Stockwerkes; der tödliche Sturz wurde dadurch aufgehalten, und das Mädchen kam mit dem Schrecken davon. Der Unglücksfall wäre um so bedauerlicher gewesen, als der Familie erst vor kurzem die Mutter durch den Tod entrissen wurde.

tzk. **Rudolstadt**, 28. Jan. (Landleute und Hauptviehhändler.) Der Kreisausschuß sprach in seiner jüngsten Sitzung die Ueberzeugung aus, daß das Verhältnis zwischen den Landleuten und dem Hauptviehhändler Fischer (Rudolstadt) so unerquicklich geworden sei, daß der Landrat das wichtige Amt mit einer anderen Persönlichkeit besetzen müsse.

sk. **Leipzig**, 29. Januar. (Die Leipziger Gaswerke vor der Stillegung.) Die Bergarbeiter des Lugau-Oelsnitzer und Zwickauer Reviers sind, wie wir in der Donnerstag-Morgennummer berichteten, heute wegen Ablehnung ihrer Forderungen durch den Berghaulichen Verein in den Streik getreten. Für die Stadt Leipzig kann das schwere wirtschaftliche Folgen haben, da die Leipziger Gaswerke vorzugsweise mit Kohlen aus dem genannten Revier gespeist werden. Da die Werke nur noch Vorräte an Kohlen auf 1½—2 Tage haben und aus anderen Bezirken auch wohl kaum solche heranschaffen können, ist mit einer Stillegung der Gaswerke in etwa 2 Tagen zu rechnen.

sk. **Leipzig**, 29. Jan. (Freches Gaunerstückchen) Ein 40jähriger Dachdecker, der schon früher auf gleiche Weise betrügereien verübt hat, erschien an einem der letzten Tage bei einem Leipziger Grundstücksbesitzer mit einem Karren und verschiedenem Schleusenreinigungswerkzeug und stellte sich als vom Rat der Stadt zur Räumung eines Schleusennebenrohres Beauftragter vor. Er arbeitete nun an der Schleuse wohl drei Stunden lang im Schweiße seines Angesichts. Am selben Tage legte er dann dem Hauswirt eine mit Max Schmidt unterschriebene und sogar mit einem Stempeldruck versehene Quittung über 78 Mark und 85 Pfg. vor und kassierte den Betrag. Später erfuhr der gepreßte Hauswirt, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Aktiengesellschaften

* ss. **Bank für Grundbesitz**. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, einen Interessen-Gemeinschaftsvertrag mit der Leipziger Immobiliengesellschaft einzugehen. Danach werden die Geschäfte dieser Betriebe vom 1. Januar 1920 ab vorläufig auf 10 Jahre gemeinsam unter der bisherigen Firma weiter geleitet werden.

* ss. **Voigtländische Maschinenfabrik A.-G. Plauen**. Das Unternehmen hat gestern seinen Betrieb voll wieder aufgenommen.

* **Deutsche Hypothekenbank, Meiningen**. Der Aufsichtsrat der Deutschen Hypothekenbank in Meiningen hat auf Antrag der Direktion beschlossen, der auf den 26. Februar d. J. einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von abermals 7½ Prozent vorzuschlagen.

Industrie, Handel, Handwerk

Schlechte Absatzverhältnisse beim Kalisyndikat. Nach Mitteilung des Kalisyndikats wird der Absatz für 1919 8,6 Millionen Doppel-Zentner K_2O betragen, davon etwa 6,2 Millionen für das Inland. Der Gesamtabsatz betrug 1918 11,10 Mill. Doppel-Zentner, 1914 9,04 Mill. D.-Z., 1915 6,80 Mill. D.-Z. und 1916 8,84 Mill. D.-Z. Die inländische Nachfrage beläuft sich auf etwa 15 Mill. D.-Z. K_2O, so daß das Syndikat also nur etwas mehr als ein Drittel derselben zu decken vermag. Der Auslandsbedarf ist mindestens ebenso groß. Das Syndikat ist gezwungen, die Annahme großer ausländischer Aufträge abzulehnen. Das Syndikat ist der Ansicht, daß eine Besserung der Lage nur von der Aufhebung des achtstündigen Arbeitstages und des Zeitlohnes im Verkehrsgewerbe und in den Fabriken, die sich mit der Herstellung von Lokomotiven und Eisenbahnmaterial befassen, zu erhoffen ist. Die Kaliindustrie bekommt weder genügend Waggons zur Lieferung gestellt, noch Kohlen.

* **Elbeschiffahrt**. Am 28. Januar traf Kahn Nr. 2016 in Aken ein.

Geldmarkt und Banken

Ausländische Wertpapiere. Wie W. T. B. hört, wird das vom Reichsfinanzminister erlassene Verbot der Ausfuhr, Veräußerung oder Verpfändung ausländischer Wertpapiere über den 31. Januar 1920 hinaus wieder auf eine Dauer von zwei Monaten verlängert. Eine Aenderung der zuletzt am 26. März 1919 ergangenen Vereinbarung soll jetzt insofern eintreten, als die bisherige Ausnahme, daß das Ausfuhrverbot keine Anwendung findet auf die Ausfuhr von ausländischen Aktien, wenn der Gegenwert in ausländischer Währung der Reichsbank zur Verfügung gestellt wird, aufgehoben wird. Indessen beabsichtigt das Reichsfinanzministerium, soweit nicht die Bestimmungen des Friedensvertrages Einschränkungen erforderlich machen, wie W. T. B. hört, Anträgen auf Genehmigung der Ausfuhr ausländischer Wertpapiere, auch fest bezinsbarer Wertpapiere, nach Möglichkeit zu entsprechen. Insbesondere gilt dies für neutrale Papiere. Als Bedingung wird allerdings der Grundsatz aufgestellt, daß der Gegenwert in ausländischer Währung der Reichsbank zur Verfügung gestellt wird.

Vorsicht gegenüber Anerbietungen zum Erwerb von Kriegsanleihe über Kurswert. Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes schreibt: „Vielfach finden sich in Zeitungen verlockende Inserate, in denen sich Winkelbankgeschäfte zum Erwerb von Kriegsanleihe zu besonders günstigen Kursen anbieten. Tatsächlich wird dann dem Erwerber in bar nur ein weit hinter dem Tageskurs zurückbleibender Betrag gezahlt, während dem Einlieferer der Rest von den völlig vermögenslosen „Bankiers" gutgeschrieben wird; eventuell erhält er zu seiner Sicherheit auch wertlose Wechsel. Ein solcher Fall, bei dem die bereits bei uns akkreditierte Firma Rentzsch & Co. in Leipzig-Reudnitz beteiligt war, gelangte jüngst zu unserer Kenntnis und mahnt gegenüber allen ähnlichen Anerbietungen zu besonderer Vorsicht."

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Der weitere Rückgang der Preise für ausländische Banknoten und sonstige Zahlungsmittel hat an der Börse auf die Bewertung der sogenannten Valutapapiere weiter ernüchternd gewirkt, so daß sich der Kursstand bei Eröffnung des Verkehrs ausnahmslos niedriger stellte.

Der Börsenvorstand beschloß die Fondsbörse am Sonnabend, den 31. Januar, und ferner am Dienstag, den 3. Februar, am Donnerstag, den 5. Februar, und Sonnabend, den 7. Februar, ausfallen zu lassen.

Produktenbericht. Am Hafermarkt setzte sich die Preissteigerung bei geringem Angebot weiter fort. Die Kauflust ging besonders von Hamburg und vom Fouragehandel aus. Auch Erbsen wird die verfügbare Ware in guter Beschaffenheit immer knapper, und was herauskommt, wird zu den höchsten Preisen schlank abgesetzt. Die Kauflust für Pferdebohnen, Peluschken und Wicken hält an. Lupinen werden nach wie vor zu hohen Preisen für Futterzwecke gekauft. Das fortgesetzte Anziehen der Haferpreise wirkt auch auf den Preis von Serradella befestigend. Heu und Stroh wurden andauernd höher bezahlt. Wetter: bedeckt, kalt.

Haferno tierungen:

Berlin, 29. Jan. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mk. loko ab Speicher frei Wagen —,—, loko ab Bahn —,—, Mk. sofort. Abladung ab Abladestation 36,80—37,80 Mk. Tendenz: sehr fest.

Anzahlungen.

Berlin, 29. Januar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	3296.1/2	3303.1/2	Oesterreich abgst.	27.47	27.53
Dänemark	1348.1/2	1351.1/2	Prag	82.00	[illegible]
Schweden	8548.1/2	8651.1/2	Ungarn	29.75 1/2	29.77 1/2
Norwegen	1573.1/2	1576.1/2	Spanien	14 89 1/2	[illegible]
Schweiz	1489.1/2	1501.1/2	Finnland	340.65	[illegible]
Oesterreich	32.97	33.02 1/2			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Erdöl	[illegible]
4 4/5 % Deutsche Schatzscheine VI—IX	72.60	Deutsche Gasglühl.	[illegible]
5 % Deutsche Reichsanl.	77.50	Deutsche Kali	[illegible]
4 „ „ „	64.50	Deutsche Waff. u. Mun.	[illegible]
3 1/2 „ „ „	58.40	Donnersmarkhütte	[illegible]
3 „ „ „	63.—	Döring u. Lehrmann	[illegible]
4 Preuss. Konsols	62.25	Dürkoppwerke	[illegible]
3 1/2 „ „	51.25	Elberfelder Farben	[illegible]
3 „ „	47.60	Engelhard Brauerei	[illegible]
4 Charl. Stadtanl. 09/99	90.50	Felten u. Guilleaume	[illegible]
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—.—	Gasmotoren Deutz	[illegible]
4 1/2 % n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—.—	Gebhardt u. Co.	[illegible]
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	102.20	Gebhardt u. König	[illegible]
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	100.50	Gelsenkirch. Bergb.	[illegible]
4 1/2 Dessauer Gas-Oblig.	—.—	Glanziger Zuckerfbr.	[illegible]
4	—.—	Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
Ausländ. Werte		Hann. Masch.	[illegible]
4 Oesterr. Kron.-Rente	28.10	Harpener Berg	[illegible]
4 Ungar. Gold-Rente	52.—	Hasper Eisen	[illegible]
4 Ungar. Kronen-Rente	24.10	Hirsch Kupfer	[illegible]
Eisenbahn-Aktien:		Höchster Farbw.	[illegible]
Halberstadt-Blankenb.	81.50	Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Halle-Hettstedter	77.—	Hohenlohe-Werke	[illegible]
Schantungbahn	59.—	Humboldt-Masch.	[illegible]
Allg. Lokal-Str	59.50	Ilse-Bergbau	[illegible]
Gr. Berl. Str.	120.20	Kahla-Porzellan	[illegible]
Magdeburger Str.-B.	—.—	Kalkw. Aschersleben	[illegible]
Lux. Prinz Heinrich.-B.	72.—	Körbisd. Zucker-Akt.	[illegible]
Orienbahn	401.—	Kyffhäuserhütte	[illegible]
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co	[illegible]
Hambg. Paketfahrt	149.1/2	Landw. Bank d. Pr. Sa.	[illegible]
Hambg.-Südamerika	240.—	Lauchhammer	[illegible]
Hanse-Dampfschiff	4.350	Laurahütte	[illegible]
Nordd. Lloyd	176.50	Lingel, Erfurt	[illegible]
Banken:		Linke u. Hofmann	[illegible]
Bank für Thür.	143.25	Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Berl. Handelsges.	174.—	Lothringer Hütte	[illegible]
Comm u. Diskontobank	149.—	Mannesmannröhren	[illegible]
Darmstädter Bank	134.—	Maschinenfabr. Buckau	[illegible]
Deus. Landesbank	—.—	Oberschl. Eisenb. Bed.	[illegible]
Deutsche Bank	290.—	do. Caro Hleg.	[illegible]
Diskonto-Comm.	244.50	do. Kokswerke	[illegible]
Dresdner Bank	173.—	Orenstein u. Koppel	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig	161.75	Phönix-Bergb.	[illegible]
Mitteld. Kreditbank	140.50	Rhein. Metall-Vorz.	[illegible]
Privat-Bank	—.—	Rhein Stahlwaren	[illegible]
Nationalbank	136.7/8	Riebeck. Montan	[illegible]
Oesterr. Kredit	116.—	Rombacher Hütten	[illegible]
Reichsbank	147.—	Rositzer Braunk.	[illegible]
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	[illegible]
Schultheiss-Brauerei	270.—	Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Akt. f. Anilin	320.—	Hugo Schneider u. Co	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.	325.—	Schuckert u. Co.	[illegible]
Ammendorfer Papierf.	690.—	Siemens u. Halske	[illegible]
Anhalter Kohlenw.	305.—	Stettiner Chamotte	[illegible]
Annaberger Steingut	—.—	Stettiner Vulkan	[illegible]
Badische Anilin	—.—	Stollberger Zink.	[illegible]
Bergmann-Elekt.-Akt.	254.25	Strals. Spielkarten	[illegible]
Berl. Masch.-Bau	225.—	„Terra", Samen-A.-G.	[illegible]
Bismarckhütte	340.—	Thale-Eisenhütte	[illegible]
Bochumer Gußstahl	320.—	Triptis-Akt.-Ges.	[illegible]
Chem. Fabrik Buckau	—.—	Türkische Tabakregie	[illegible]
Chem. Griesheim	315.—	Ver. Köln-Rottweiler	[illegible]
Chem. v. Heyden	380.—	Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Consolidation Schalke	510.—	Wegelin u. Hübner	[illegible]
Crölwitzer Papierfabr.	280.—	Wersch.-Weissenf. Brk.	[illegible]
Daimler-Motoren	345.—	Westeregeln-Alkali	[illegible]
Deutsch-Luxemburg	315.—	Wittener Gußstahl	[illegible]
Deutsche Uebersee-El.	92.2—	Wrede-Mälzerei	[illegible]
		Zeitzer Masch.	[illegible]
		Zellstoff Waldhof	[illegible]
		Otavi-Minen	[illegible]
		Tendenz: fest.	

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Rundschau, Volkswirtschaft und Sport: Hans Zeitling; für den sonstigen Teil verantwortlich Leit: L. R. Erich Geltsein.
Anzeigenleit: Willi Kerkow; Stellv. in Lofe a. G.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Hilfe den Deutschen in Polen.

Der Frieden ist ratifiziert. Die Losreißung vom Reich ist vollendete Tatsache.
Wir sind vom Reich aufgegeben, verlassen und auf uns selbst gestellt. Einer dunklen Zukunft gehen wir entgegen. Die deutsche Regierung kann uns nicht mehr helfen.

Deutsche Brüder und Schwestern im Reich,

in dieser furchtbar schweren Stunde bitten wir Euch:

Laßt uns nicht im Stich!!

Wir müssen unsere heiligsten Güter schützen und erhalten, unsere
deutsche Muttersprache,
deutsche Schulen,
deutsche Kirchen.

Wir müssen deutsche Kunst und Wissenschaft, deutsche Bildung fördern, deutsche Ideale pflegen und uns politisch und wirtschaftlich stark machen.
Große Mittel sind erforderlich, um die Aufgaben lösen zu können. Zu ihrer Aufbringung brauchen wir

Eure Hilfe.

Darum gebt sofort, alle, ein jeder nach seinem Vermögen, unterstützt durch Spenden die Vertretung der Deutschen im Abtretungsgebiet, die

Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen.

In ihr sind die Deutschen Volksräte und alle deutschen Volkskreise zusammengeschlossen, die gewillt sind, ohne Rücksicht auf ihre bisherige Parteizugehörigkeit unter Anerkennung der tatsächlichen Verhältnisse, auch als polnische Staatsbürger ihre deutsche Eigenart zu wahren und zu pflegen.

Jeder Beitrag ist willkommen und wird angenommen
von allen Niederlassungen und Depositenkassen der Deutschen Bank,
von der Danziger Privataktienbank in Danzig,
von der Geschäftsstelle dieser Zeitung,
auf Konto: Deutschtumspende für Polen.

Vereinigung des Deutschen Volkstums in Polen, Landesgeschäftsstelle.

Bromberg, Weltzienplatz 1 III.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001301-19/fragment/page=0004